

Dresdner Volkszeitung

Schickelfanto: Leipzig.
Radon & Komp., Nr. 20818.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Sanktion:
Gedr. Arnold, Dresden.

Abonnementpreis: einschließlich Postgebühren monatlich 2,00 M. Durch die Post bezogen werden jährlich 6,00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 6,00 M.
Telegramm-Adresse: Dresden Volkszeitung.

Redaktion: Meißnerplatz 10. Tel. 26 281.
Sprechstunde: nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Correspondenz: Meißnerplatz 10. Tel. 26 281.
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 7-spaltige Hauptzeile 90 Pf., Familienanzeigen 70 Pf., die 3-spaltige Werksampele 3 Pf. Bei mehrmaliger Aufnahme Rabatt. Inserate sind im Voraus zu bezahlen. Eine Verpflichtung zur Aufnahme am vorgeschriebenen Tage kann nicht übernommen werden. Für Briefkastenabgabe 20 Pf.

Nr. 276a

Dresden, Sonntag den 30. November 1919

30. Jahrg.

Die Regierung und das Zusatzprotokoll

Berlin, 29. November. Aus dem Kabinett naheliegender Kreise vernimmt die Deutsche Allg. Ztg., daß die Reichsregierung seit einiger Zeit in der Frage der Ablieferung der 100 000 Tonnen Löss, Sagger und Schiffsmaterial nicht nachzugeben. Es handle sich hier nicht um eine Preisfrage, sondern darum, daß die Abgabe des erforderlichen Materials Deutschlands wirtschaftliche Existenz schädlichen unterbinden würde. Ebenso unannehmbar sei für die Reichsregierung die Abgabe des Zusatzprotokolls, nach der es in das Verleihen Frankreichs gestellt werde, jederzeit in Deutschland militärisch einzurücken. Die Reichsregierung, so schreibt das Blatt, will den Frieden, aber nicht einseitige Fortsetzung des Krieges. Als selbstverständliche Voraussetzung wird angesehen, daß die in Frankreich befindlichen Kriegsgefangenen zurückgeführt werden, so wie der Friede durch Vertrag es vorsieht, und nicht nach den neuen Bestimmungen.

Die Reichssteuererlasse im Reichsrat

Berlin, 29. November. Heute wurde in der öffentlichen Sitzung des Reichsrats unter Vorsitz des Reichsfinanzministers Erzbischof mit der Finanzverwaltung der neuen Finanzvorlagen (Kapitalertragsteuer, Reichsreformsteuer und Vermögensertragsteuer). Der Reichspräsident hat sich erklärt, daß er die Vorlagen, um in Finanzgesetzen keine Differenz zwischen Reich und Reichsregierung aufkommen zu lassen, wenn auch schweren Herzens, auf die Ausschüsse beschleße über die Beteiligung der Länder am Ertrage der Kapitalertragsteuer zu beschließen. Die gleiche Erklärung haben die Vertreter von Preußen, Sachsen und Hamburg ab. Der bayerische Gesandte schloß sich dem formalen Protokoll an, beachte aber auch scharf materielle Einzelheiten. Die Zustimmung des Reiches auf dem Gebiet der Einkommensteuer. Besonders dem überhöhten Tempo in der Entscheidung zum Einheitssteuertum bedürftig erhebliche Bedenken. Minister Erzbischof wies in Erwiderung auf einen Vorwurf darauf hin, daß Länder und Gemeinden zusammenbrechen würden, wenn die Reichsregierung nicht durchgeföhrt werde. Denn nur so könne man einer finanziellen Katastrophe entgegenwirken. Der sächsische Gesandte stimmte für Sachsen dem Gesetze zu, um einen bitteren notwendigen Schritt vorwärts nicht aufzuhalten. Ein weiterer Vorwurf stellte sich gegenüber der Frage dem Tempo in der Entscheidung zum Einheitssteuertum für Preußen auf einen dem bayerischen Gesandten gegenüber durchaus abweichenden Standpunkt. In der Gesamtabstimmung wurde das Landbesetzgesetz gegen die Stimmen von Baden und Hessen angenommen.

Die Streikgefahr in Mitteldeutschland

Leipzig, 29. November. Der Leipziger Postbote hat eine in Halle abgehaltene Konferenz der Bergarbeiter Mitteldeutschlands heute mittag einstimmig beschloßen, die gesamten Bergarbeiter der einzelnen Bezirke zur Solidarität mit den im Generalstreik verharrenden Arbeiter zu verpflichten. Die Reichsregierung wurde telegraphisch ersucht, umzuföhren. Die Reichsregierung wurde telegraphisch ersucht, umzuföhren. Die Reichsregierung wurde telegraphisch ersucht, umzuföhren. Die Reichsregierung wurde telegraphisch ersucht, umzuföhren.

Verhandlungen in Litauen

Schaufen, 29. November. Am 27. und 28. November fanden bei Janski Waffenstillstandsverhandlungen mit dem lettischen Oberbefehlshaber Sallos durch Vermittlung der internationalen Kommission statt. Die Verhandlungen hatten zunächst folgendes Ergebnis:
Die internationale Kommission übernimmt auf Grund lettischer Aufzeichnungen volle Gewähr, daß der Abtransport deutscher Truppen aus Lettland bis zum 13. Dezember einschließlich von lettischer Seite nicht gestört wird. Für diese Zusage wurden folgende Bedingungen gestellt:
1. daß die Eskorte Division Lettland bis zum 28. November kommt,
2. daß die Eskorte Division am 1. Dezember an der Bahnlinie Murawjewo-Schaufen beauftragt wird. Ueber den Abtransport der gefangenen Weissen wird mit dem lettischen Vertreter in Schaufen noch verhandelt. Der Abtransport des russischen Gefangenens ist nicht möglich gewesen, Jahrelang für Komplex nach Sibirien zu erhalten.

Waffen und Munition...
Amsterd., 29. November. Die Wochenpost meldet aus Washington: Die Alliierten haben Polen die Ermächtigung erteilt, eine große Offensivbewegung gegen Sowjetrußland zu beginnen. Die polnischen militärischen Sachverständigen hoffen, Moskau und Petersburg innerhalb dreier Wochen besetzen zu können.
Die Times berichten aus Moskau, daß aus Petersburg ein- getroffen Nachrichten zufolge von den Bolschewiken wegen der Unterjüngung der weissen Truppen noch weitere 300 Personen hingerichtet worden seien.

U. S. E. und Merito

Amsterdam, 28. November. Laut Telegramm melden die Times aus Caracas vom 28. November: In Merito ist der Bürgerkrieg ausgebrochen. Präsident Carranza ist aus der Stadt Merito geflüchtet. In Washington geht das Gerücht um, daß der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Merito bevorstehe.

Ententekredite für Mitteleuropa

Amsterdam, 29. November. In Besprechung der Internationale Konferenz von Georges betreffend einen Kredit für Mitteleuropa, wird in der Times auf eventuelle Notwendigkeit eines weiteren Zusammenstoßes zwischen Deutschland, der Tschechoslowakei, Serbien und Sowjetrußland auf wirtschaftlichem Gebiet mit Hilfe und Unterstützung Englands und Frankreichs hingewiesen. Es sei die Pflicht der Alliierten, mit der Wiederherstellung Mitteleuropas zu beginnen.
Lord Cromwell betont, daß die Kreditfrage nicht nur den Alliierten, sondern auch den früheren Feinden, hauptsächlich Deutschland, gut zu werden müsse.
In einem Vortragsstück, der von einem Umgruppierung der Situation gegenüber den ehemaligen Feinden handelt, nennt die Times die Erklärung von Georges, daß man die Wirtschaftslage Mitteleuropas durch einen ausföhrenden Kredit beßern müsse, den möglichst rasch auf alle in den Fremdenmärkten gerückten Fragen. Für Österreich ist es, meint das Blatt, bis zur nächsten Ernte 20 Millionen Dollar nötig. Die amerikanische Regierung werde sich dem Verleihen der Vormüßigkeit nicht entgegenstellen, daß in Mitteleuropa vertrieben werden müsse. Insbesondere Serbien müsse von der gegenwärtigen Hungersnot gerettet werden. Man müsse jedoch der Möglichkeit Rechnung tragen, daß die Vereinigten Staaten auf ihrer Weigerung verharren. Dadurch erhöhe die dringende Frage einer engeren Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet zwischen den mitteleuropäischen Staaten. Es sei die Pflicht der Alliierten, mit der Wiederherstellung Mitteleuropas zu beginnen, ohne die so gut wie keine Aussicht besteht, daß irgendein Totalwinn wieder zur Verfügung gelange.

Zinszahlungen für die Alliierten

Washington, 29. November. Affiliated Press behauptet, daß die Zinszahlungen auf die von der amerikanischen Regierung gewährten Darlehen den Alliierten gestundet werden sollen, bis die Rückzahlung des Krieges vorüber ist. Es werden jetzt über diese Frage auf Verlangen der Alliierten Verhandlungen geführt. Die Staaten in Europa erklärten, daß der gegenwärtige chaotische Zustand in Europa gestoppt werden würde, wenn die Zinszahlungen fundiert werden. Nach den zur Zeit erzwungenen Plänen würden diese Zahlungen von drei auf fünf Jahre aufgeschoben werden.

Salvator für den Südrussland

Paris, 29. November. Nach einer Londoner Meldung der Woche de Paris soll Lord Balfour eine internationale Kommission ernennen, die die Verwaltung des Südrusslands bis zum 1. Januar 1920 übernehmen soll. Er glaube aber nicht, daß der Versuch schon gescheitert sei. Niemand könne mehr als die britische Regierung in der Frage des Südrusslands, aber das dürfe seinen Augenblick die Hilfe der Alliierten verhindern, den einmal gefassten Plan auszuführen.

Ungeklärte Fragen

Amsterdam, 29. November. Laut Pressebureau Radio melden die New Yorker Times, daß Senator Borah darauf bestünde, daß die einzige Möglichkeit für die Ratifikation des Friedensvertrages in der Annahme der Vorbehalte des Senators Lodge liege.
New York Times berichtet aus Paris, daß Großbritannien um eine baldige Entscheidung bezüglich der Türkei ersucht und vorgeplagt habe, daß im Dezember eine darauf bezügliche Konferenz in London stattfinden soll.

Der Rüstfert in Paris hat den Vorkläger der ungarischen Regierung, Graf Szeplényi, aus ungarischen Verständen zu ernennen, dem zehnjährige Aufenthalt überlassen.
Ferner hat er beibehalten, der rumänischen Regierung mitzuteilen, daß sie die Antwort auf die letzte Note der Alliierten deren Vertreter in Bukarest spätestens am 2. Dezember übermitteln muß.
Für allmähliche Besserung der Kohlenlage, die der Deutschen allgemeinen Stellung von jüdischer Seite mitgeteilt wird, entspricht die Meldung eines Berliner Blattes, daß polnische dem Leiter der mitteleuropäischen Kohlenkommission überlassen haben, dem polnischen Oberbefehlshaber Bescheidungen mitzuteilen, den Tatsachen. Doch handelt es sich dabei nicht um die Frage der Verteilung der mitteleuropäischen Kohlenprodukte an einzelne Staaten, sondern um Spezialfragen. Besondere wurde dabei auch die allgemeine Kohlenlage und die Zukunft der Kohlenverwertung geteilt. Überhaupt ist im Gegensatz zu dem, was das Blatt zu melden weis, der Ansicht, daß die Kohlenlage noch auf Jahre bestehen bleiben und daß die Besserung nur allmählich vor sich gehen wird.

Die Rückführung der russischen Kriegsgefangenen

An zuständiger Stelle erfahren die B. V. N.:
Durch die Waffenstillstandsbedingungen vom 15. und 16. Januar wurde uns der weitere Abtransport russischer Kriegsgefangener unterlag. Bis dahin waren abgeführt etwa eine Million; vorhanden waren im Januar noch etwa 250 000 Mann. Die Fürsorge für diese wurde einer internationalen Kommission übertragen, die auch Lebens- und Gesundheitsmittel für die russischen Kriegsgefangenen durch Vermittlung des amerikanischen und englischen Roten Kreuzes zur Verfügung stellte und selbst verteilte. In allen Lagern befanden sich Delegationen der Ententemächte, die die Behandlung, Verpflegung, Verpflegung usw. der russischen Kriegsgefangenen überwachten. Auf Vorstellungen der deutschen Regierung hin gelang es im April endlich, beim Obersten Rat des Einverständnisses zum erneuten Abtransport der russischen Kriegsgefangenen zu erwirken. Der einzige Weg, der aber zu dieser Zeit offen stand, führte über Litauen. Litauer und Polen sowie die Bolschewiken fanden zu jener Zeit in ständigem Kampf und dadurch wurde der Abtransport in Richtung Lönaburg außerordentlich erschwert. Es gingen fortlaufend kleinere Transporte in Richtung Lönaburg ab, die aber zum Teil von den Bolschewiken entweder sofort zum Eintritt in die Rote Armee gezwungen oder, nach Auslagen zurückgeführt, russischer Kriegsgefangener dezimiert wurden. Verpflegung und auch geschlossene Transporte, die durch die Verhältnisse an der Front abgedrängt wurden, wurden von den Polen an der Front abgedrängt werden, wurden von den Polen an der Front abgedrängt werden, wurden von den Polen an der Front abgedrängt werden.

So kam es, daß im Juni durch die Internationalisierte Kommission jeder weitere Abtransport in dieser Richtung untersagt wurde. Durch eine Note vom 2. August wurde vom Marshall Good verfügt, daß die weitere Fürsorge und die Frage des ganzen Abtransportes der deutschen Regierung überlassen bleibe, so daß die deutsche Regierung freie Hand bekam. Die internationalisierte Kommission sollte ihre Tätigkeit einstellen und damit sollten auch die bis dahin gemachten Ansetzungen durch die Alliierten aufhören. Gerade gegen den letzten Punkt erhielt die deutsche Regierung in einer Note vom 15. August Einspruch, da ihr eigenes Mittel, um einen Erfolg für die Ansetzungen durch die Alliierten zu geben, nicht zur Verfügung ständen, und außerdem dagegen, daß ihr die freie Verfügung über den Abtransport in einem Augenblick übertragen wurde, wo die Verhältnisse an der Front jeden Abtransport der russischen Kriegsgefangenen unmöglich machten.

Seitdem ist die deutsche Regierung unablässig bemüht, durch Verhandlungen Wege für den Abtransport frei zu machen und arbeitet, soweit das möglich ist, mit der polnischen Militärmission zusammen. In Verbindung mit dem Rücktransport der russischen Kriegsgefangenen aus dem mitteleuropäischen Meer sind durch die von der britischen Behörde autorisierten Transporter russische Kriegsgefangene nach dem Schwarzem Meer abtransportiert worden. Weitere Transporte laufen, aber es ist dabei zu bedenken, daß nur solche Transporter von der deutschen Regierung aus geschickt werden können, die von der britischen Admiralität in London die Fahrerlaubnis erhalten haben. Eine Sonderaktion ist im Gange mit den russischen Kriegsgefangenen ukrainischer Nationalität. Es wird verhandelt, um für diejenigen Kriegsgefangenen, die in dem von Lettland befreiten Gebiet beheimatet sind, eine Abtransportmöglichkeit durch die Tschechoslowakei und Rumänien zu erhalten. Von Seiten der rumänischen Regierung sind aber an diesen Transportbedingungen geknüpft, die den Abtransport außerordentlich erschweren, da die rumänische Regierung die Forderung gestellt hat, daß die Transporte in vollkommener Disziplin, vollkommen sanitär einwandfrei und unter vollkommener Einschränkung der Mitnahme von Gefährlichkeiten durch Rumänien geführt werden. Im Falle von Verstößen hat sie Internierung der Transporte und Einstellung weiterer Transporte angedroht.

Hierbei sind die ganzen politischen Verhältnisse in der Ukraine besonders zu berücksichtigen. Ueber zwei Drittel des Territoriums sind im Besitz des Generals Denikin; in dem anderen Drittel ist die Macht geteilt zwischen Poljura und den Bolschewiken. Es können also in das Gebiet von Poljura auf dem Bahnwege nur verhältnismäßig geringe Mengen von Kriegsgefangenen ukrainischer Nationalität abtransportiert werden, da die deutsche Regierung auf dem Standpunkt steht, daß die Kriegsgefangenen dorthin abtransportiert werden müssen, wo sie beheimatet sind und wo verantwortlich ist, daß sie auch wirklich in ihre Heimat gelangen und nicht durch den Eintritt in irgend eine Armee die Verwirrung erkaufen müssen. Abtransporte für die im Gebiet Lettlands beheimateten russischen Kriegsgefangenen ukrainischer Nationalität müssen daher auf dem Seewege versucht werden. In den nächsten Tagen geht bereits ein Transporter mit Ukrainern nach ab. Die Rückführung der sibirischen Kriegsgefangenen ist nur in Verbindung mit dem Rücktransport der deutschen Gefangenen aus Sibirien zu lösen. Fortschritt in es noch nicht möglich gewesen, Jahrelang für Komplex nach Sibirien zu erhalten.

leben.
en.
aus.
und der neue erste Klasse Varietee-Spielplan.
Theater
Cesar
Dramatik
P. H. Ball